

AKTUELL

Durch die Besetzung soll der Bau der Umgehungsstraße verhindert werden.



FOTO: BOBIBLEIFT

WALDBESETZUNG

Bobësch bleibt - aber wie lange?

Joël Adami

Nun hat auch Luxemburg eine Waldbesetzung. Im Bobësch zwischen Sanem und Käerjeng sind Aktivist*innen eingezogen, um gegen die geplante Umgehungsstraße zu protestieren.

Eine Gruppe von Aktivist*innen hat den Bobësch besetzt. Im schmalen Waldstück zwischen Sanem und Käerjeng hängen Transparente und Holzplattformen, auch Zelte sind zu sehen. Die Besetzer*innen fordern, dass die Pläne für den „Käerjenger Contournement“ aufgegeben werden. Wie bei ähnlichen Besetzungen, etwa im Hambacher Forst, geht es nicht nur um ein paar Bäume, sondern um das große Ganze. So fordern die Waldschützer*innen auch den Schutz aller Wälder in Luxemburg und „effiziente, konsistente und schnelle“ Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise.

Widerstand gegen die geplante Umgehungsstraße zwischen Sanem und Käerjeng gibt es schon lange. Die Biergerinitiative Gemeng Suessem (Bigs), aber auch die Umweltschutzorganisationen Natur & Ëmwelt, die Regionale Süd des Mouvement écologique und Youth for Climate hatten sich in der Vergangenheit gegen den Bau der Straße ausgesprochen. Im April 2021 ist die Bigs gegen den Straßenbau vor Gericht gezogen. Die Gemeinde Käerjeng beantragte damals, als „partie intervenante“ in das Verfahren aufgenommen zu werden.

Im nationalen Mobilitätsplan (PNM 2035) ist die Umgehungsstraße als „Contournement de proximité“ aufgeführt. Diese neue Art der „Nah-Umgehungsstraße“ soll von Verkehrsberuhigungen innerhalb der Ortschaften flankiert werden. Ob und wie diese realisiert werden, wird allerdings erst später „mit den Gemeinden gemeinsam“ geplant werden, wie Verkehrsminister François Bausch (Déi Gréng) im Juni in der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zum Status der Straße verriet.

Obwohl das Projekt einige Änderungen durchlaufen hat, sieht

Bausch keinen Grund zu mehr Bürger*innenbeteiligung: Dies sei „weder sinnvoll noch notwendig“. In der Antwort auf die Fragen von Simone Asselborn-Bintz (LSAP) versprach der Minister, dass es „global zu Verbesserungen“ kommen werde. Damit meinte er wohl die Änderungen zwischen ursprünglichem Projekt und dem „Contournement de proximité“-Konzept.

Mehr Bürger*innenbeteiligung „weder sinnvoll noch notwendig“

Bäume sollen im Bobësch und im angrenzenden Zämerbësch jedoch dennoch gefällt werden. Wie viel von dem Wald, der zum Teil in einer geschützten Natura-2000-Zone liegt, dann noch steht und langfristig überleben kann, ist unklar. Die schmalen Waldstücke könnten zu „dünnen Waldstreifen“ werden, die empfindlich für Hitze und Sonneneinstrahlung sind, so die intergenerationelle Gruppe von Aktivist*innen im Bobësch.

Am Mittwochmorgen bekamen die Besetzer*innen eigenen Angaben zufolge Besuch von der Naturverwaltung. „Laut ihr sind wir im Konflikt mit dem Gesetz: Eine Besetzung des Waldes beschädigt Bäume und wir sollten den Wald so schnell wie möglich verlassen. Viel schädlicher für den Wald als eine Besetzung, ist allerdings die Umgehungsstraße! Für die soll ein Großteil des Waldes zerstört werden. Wir halten an unserer Ansicht fest und bleiben im Wald“, sagten die Aktivist*innen der woxx. Am Donnerstagmorgen stellte das Umweltministerium in einer Pressemitteilung klar, dass keine Gesetzesverstöße vorlägen. Die Aktion soll jedoch grundsätzlich eine „zeitlich begrenzte Warnbesetzung“ sein: „Wir bleiben nicht für immer, aber wenn jemand einen Finger an den Wald legt, sind wir wieder da!“

Vom 28. bis 31. Juli findet in Sanem das „Camping for Future“ statt, organisiert von Youth for Climate, Natur & Ëmwelt, Mouvement écologique und Bigs. An diesen Tagen werden Workshops und kulturelle Aktivitäten angeboten.

SHORT NEWS

Schadstoffbelastung bei Kindern: Keine Haarspalterei

(is) - Das Luxemburger Institut für Gesundheit (LIH) bat 2020 um Haarproben ortsansässiger Kinder unter 13 Jahren, um durch eine Haaranalyse ihre Schadstoffbelastung zu ermitteln. Jetzt liegen die Ergebnisse vor: Das Team um den Forscher Brice Appenzeller untersuchte 256 Proben auf 153 Schadstoffe, davon konnten 136 nachgewiesen werden. Im Schnitt befanden sich 61 Schadstoffe in den Haaren der Kinder. Mit am öftesten vertreten war die Chemikalie Bisphenol A (BPA), die zur Kunststoffherstellung verwendet wird. Alle Proben enthielten Pestizide. Ob die Kinder auf dem Land oder in einer Stadt wohnten, wirkte sich nicht auf die Menge der vorhandenen Schadstoffe aus, jedoch auf die Art der Substanzen. Weitere Unterschiede gab es aufgrund der Ernährung: Bei Kindern, die hauptsächlich Bioprodukte verzehren, waren 17 Schadstoffe weniger präsent als bei Minderjährigen, die das nicht tun. Das LIH hat sich übrigens für Haar als Probe entschieden, weil diese chemische Stoffe länger speichern kann. Der Fokus auf Kinder ist unzureichender Forschung zur Auswirkung von Chemikalien auf die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft geschuldet. Das LIH will diese Lücke schließen und Präventionsmaßnahmen ausarbeiten.

Eis Stad gewinnt gegen Stad

(ja) - Am 13. Juli legte die Commission d'accès aux documents (CAD) eine Stellungnahme zur Veröffentlichung von Umfragedaten vor. Die Hauptstadt muss diese Daten nun veröffentlichen. Es geht um die Antworten, die bei einer Onlineumfrage im Zuge des Projektes „Onse Mobilitéitsplang fir muer“ gegeben wurden. Die Organisation Eis Stad wollte die Antworten auf die Frage „Können Sie sich vorstellen, zukünftig teilweise auf Fahrten mit dem PKW zu verzichten?“ sehen. Diese waren weder bei einer Bürger*innenversammlung zum Mobilitätsplan noch bei einer Pressekonferenz bekannt gemacht worden. Die Stadt Luxemburg verweigerte die Herausgabe und Eis Stad rief die CAD an. Es ist das zweite Mal in diesem Jahr, dass die CAD der Hauptstadt auf die Finger klopft. Auch bei der Affäre um illegale Zebrastreifen mit dem Zentrum fir urban Gerechtekeet (ZUG) hatte die CAD entschieden, dass die Dokumente veröffentlicht werden sollten. Da dies bisher nicht geschehen ist, sammeln die Aktivist*innen des ZUG mittels Crowdfunding Geld, um ihr Recht auf Informationsfreiheit einzuklagen (siehe woxx 1693). Möglicherweise muss Eis Stad es ihnen leicht tun.

Accès à ses origines: CCDH übt Kritik

(tj) - Seit das Justizministerium im September 2020 den Gesetzentwurf zum „Accès à ses origines“ im Rahmen einer Adoption, einer anonymen Geburt oder einer künstlichen Befruchtung vorlegte (woxx 1621), wurden bereits mehrere Gutachten dazu veröffentlicht. Darunter das vom Staatsrat (woxx 1642) und das vom Planning familial (woxx 1641). Jetzt äußerte sich erstmals auch die beratende Menschenrechtskommission (CCDH) zum Text. Auch wenn die CCDH das Vorhaben allgemein begrüßt, kann sie nicht nachvollziehen, wieso es sich ausschließlich auf Adoption, anonyme Geburt und künstliche Befruchtung bezieht. Vielmehr bedürfe es eines Rechts, die eigene biologische Herkunft zu erfahren, ganz unabhängig von Zeugungsmethode und Geburts Umständen. Die CCDH spricht sich zudem vehement dagegen aus, die Zeugungsmethode auf der Geburtsakte zu vermerken, wie es der Gesetzentwurf zurzeit vorsieht. Eine weitere zentrale Forderung: Betroffene Kinder sollen bereits vor ihrem 18. Lebensjahr Informationen über ihre biologische Herkunft erfahren dürfen. Zudem sei es wichtig, eine unabhängige Institution zu gründen, die für den „Accès à ses orgines“ verantwortlich ist. Die CCDH spricht sich dafür aus, die Reform des Abstammungsrechts im Sinne von LGBTIQA-Menschen möglichst zeitnah abzuschließen, „afin d'éviter des procédures administratives injustifiées pour ces personnes et de renforcer la reconnaissance de la diversité des familles en droit et en pratique“.